Sozialausschuss
Protokoll Nr. SOA/01/2009

über die öffentliche Sitzung am 13.01.2009,
Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn	:	19:30 Uhr
Ende	:	20:20 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Petra Wilmer

Stadtverordnete

Frau Doris Brandt	
Frau Marion Clasen	beratend
Frau Nina Holers	
Frau Annika Korts	
Herr Jörn Schade	i. V. f. BM von Hülsen
Frau Karen Schmick	

Bürgerliche Mitglieder

Herr Werner Segelken-Voigt
Herr Gerd Smith
Frau Martina Strunk

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Hauke Feldvoss	Kinder- und Jugendbeirat
Frau Sabine Schwarz	Seniorenbeirat

Sonstige, Gäste

Frau Niquet	Vorsitzende Verein Tagesmütter und -väter
Frau Anette Schmitt	AWO Kreisverband Stormarn e. V.
Frau Wislicenus	KIBIS

Verwaltung

Herr Hanno Krause	FBL III
Frau Cornelia Heitmann	FDL III.2
Herr Frank Ropers	FDL III.3
Frau Anja Gust	Protokollführerin

Es fehlen entschuldigt

Bürgerliche Mitglieder

Herr Johan von Hülsen

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1.	Einwohnerfragestunde	
2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit	
3.	Anträge zur Tagesordnung	
4.	Genehmigung des Protokolls Nr. 08/2008 vom 11.11.2008	
5.	Genehmigung des Protokolls Nr. 09/2008 vom 09.12.2008	
6.	Selbsthilfekontaktstelle in Stormarn - Antrag des AWO Kreisverbandes Stormarn auf Bezuschussung	**2008/118/1**
7.	Erhöhung des Zuschusses für das Kinderhaus Gartenholz "Blauer Elefant" des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Stormarn (DKSB)	**2008/158**
8.	Erhöhung der städtischen Fahrtenförderung für Jugendgruppen	**2008/166**
9.	Haushalt 2009 - Budgets der Fachausschüsse	**2008/175**
10.	Verschiedenes	
10.1.	Einführung zur Pflicht der U1 bis U9-Untersuchungen	

1 Einwohnerfragestunde

Ohne Beiträge

2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

3 Anträge zur Tagesordnung

Die Tagesordnung ist genehmigt.

4 Genehmigung des Protokolls Nr. 08/2008 vom 11.11.2008

Das Protokoll ist genehmigt.

5 Genehmigung des Protokolls Nr. 09/2008 vom 09.12.2008

Frau Heitmann korrigiert einen Fehler in der Übersicht auf Seite 16 des Protokolls. Für den Kostenausgleich bei der Kindertagesstätte Buchenkamp e. V. wurde der urspüngliche Ansatz von 24.000 € auf 30.000 € hoch gesetzt, sodass die Veränderung zum Haushalt 2008 insgesamt 6.000 € beträgt.

Das Protokoll ist hiernach genehmigt.

6 Selbsthilfekontaktstelle in Stormarn 2008/118/1
- Antrag des AWO Kreisverbandes Stormarn auf Bezuschussung

Die Vorsitzende, Frau Wilmer, berichtet über den Antrag der SPD-Fraktion, der Selbsthilfekontaktstelle einen für 2009 und 2010 befristeten Zuschuss von jährlich 2.300 € zu gewähren. Im Anschluss soll die Notwendigkeit zur Bezuschussung im Sozialausschuss erneut geprüft und beraten werden (siehe Anlage).

Dementgegen steht der Beschlussvorschlag der Verwaltung, welcher vorsieht, keinen Zuschuss für 2009 zu gewähren, sondern für 2010 zu prüfen, welche Auswirkungen die ab 2010 veränderten Leistungen des Landes Schleswig-Holstein durch den Sozialvertrag auf die Förderung von Selbsthilfekontaktstellen haben.

Frau Wilmer bittet die Vertreterin der KIBIS, Frau Wislicenus, über die bisherige Arbeit in der KIBIS zu berichten.

Frau Wislicenus erinnert an die ersten Schritte zum Aufbau der Selbsthilfekontaktstelle in Stormarn und die Initiative des AWO Kreisverbandes e. V. Neben der Annahme der Aufgabenstellung wurde der Kreisverband im Frühjahr 2008 sehr aktiv, definierte Aufgaben und Ziele, stellte Kostenpläne und Finanzierungskonzepte auf. Neben den gesetzlich zugesicherten Leistungen durch Landesmittel und Zuwendungen der gesetzlichen Krankenkassen wurden auch diverse Kommunen im Kreis Stormarn angeschrieben. Die Standorte für Beratungsbüros wurden festgelegt, die Arbeitseinrichtung beschafft und im Herbst 2008 wurde das Personal eingestellt.

Mit Öffnungszeiten am Dienstagvormittag und Mittwochnachmittag sind die KIBIS Mitarbeiter nun auch für Ratsuchende da. Bisher wurden rund 80 Gruppen zusammengetragen und zur Netzwerkarbeit angeschrieben. In Arbeit ist eine Informationsbroschüre, in der alle Selbsthilfegruppen erfasst werden, die es im Kreisgebiet Stormarn gibt. Geplant ist ein Selbsthilfetag, um der Öffentlichkeit die Hilfe zur Selbsthilfe und die bereits bestehenden Angebote vorzustellen.

Auf Nachfrage der Stadtverordneten, Frau Clasen, erklärt Frau Wislicenus, dass im Falle besonderer Bedarfe und fehlender Angebote im Kreis auch an Hamburger Selbsthilfegruppen vermittelt würde. Allerdings sei es Ziel, vorrangig wohnortnahe Angebote zu schaffen.

Über den Antrag der SPD-Fraktion wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **4 dafür**
5 dagegen

Der Antrag ist abgelehnt.

Über den Verwaltungsvorschlag wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:	**5 dafür** **4 dagegen**

7 Erhöhung des Zuschusses für das Kinderhaus Gartenholz "Blauer Elefant" des Deutschen Kinderschutzbundes Kreisverband Stormarn (DKSB) **2008/158**

Über die Beschlussvorschläge wird ohne erneute Aussprache abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 9 dafür

8 Erhöhung der städtischen Fahrtenförderung für Jugendgruppen **2008/166**

Über die Beschlussvorschläge wird ohne erneute Aussprache abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 9 dafür

9 Haushalt 2009 - Budgets der Fachausschüsse 2008/175

Frau Heitmann teilt aktuelle Änderungen mit:

Teilergebnishaushalt

Seitenzahl	Produkt-Nr.	Position-Nr.	Bezeichnung	neuer Ansatz	Differenz
98	31545	13-5231000	Mieten und Pachten	104.000 €	./. 12.000 €
98	31545	13-5271000	bes. Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	12.000 €	+ 11.800 €

Diese Änderung ist erforderlich, damit es den Buchungsanforderungen der Doppik entspricht.

Seitenzahl	Produkt-Nr.	Position-Nr.	Bezeichnung
122	36515	13-5318000	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke

Wunschgemäß wird diese Position unter 5318000 noch einmal, wie im Protokoll, aufgesplittet und in der Veränderungsliste aufgenommen.

Hierunter fallen die Zuschüsse für Kinder in Tagespflege, die durch die Neuregelung des Kreises Stormarn (Sozialstaffel für Tagespflege) nicht mehr benötigt würden.

In diesem Zusammenhang berichtet Frau Niquet vom Verein für Tagesmütter und –väter Stormarn e. V., dass neben der Elternförderung, die nun durch den Kreis Stormarn erfolgt über die veränderte steuerrechtliche Situation für Tagespflegestellen. Per 01.01.2009 müssen Tagespflegestellen sämtliche Einkünfte versteuern. Einnahmen aus öffentlicher Hand sind nicht mehr steuerfrei. Der Freibetrag pro Tageskind hingegen wurde nicht angehoben. Durch die geänderte Einkommenssteuerpflicht entsteht in manchen Fällen zudem die gesetzliche Renten- und Krankenversicherungspflicht. Das vom Jugendamt festgelegte Betreuungsentgelt beträgt noch immer 2,56 € pro Stunde und Kind. Eventuell wird dieses im April 2009 auf 3,85 € angehoben. Insgesamt wünscht sich Frau Niquet eine nunmehr eine stärkere Förderung der Tagespflegestellen selbst. Ähnlich wie Bargteheide sollte die Stadt die Vereinsbeiträge der Tagesmütter übernehmen, um so eine Vernetzung der Pflegestellen zu gewährleisten. Auch sollte die Stadt die Weiterqualifizierung und themenbezogene Fortbildungen der Tagesmütter honorieren und bezuschussen.

Auf Nachfrage und nach kurzer Diskussion soll hierzu ein detaillierter Antrag erfolgen, der auch die Zuschussvoraussetzungen für Fortbildungen definiert. Die Verwaltung wird den Antrag mit Einzelvorlage vorstellen.

Aufgrund des Hinweises der Verwaltung, dass in 2009 weitere Projekte (Ferienbetreuung, Krippengruppen, Zuschuss Tagespflege) anstehen, wird keine Veränderung der Position (PSK 36515.5318014) vorgenommen.

Auf Nachfrage erklärt die Verwaltung, dass das beitragsfreie Kindergartenjahr beschlossen ist. Zwar will das Land sich beteiligen, dennoch werden Mindereinnahmen und Mehrausgaben bei den Trägern ein Finanzloch verursachen, welches im Rahmen des Nachtragshaushalts 2009 gemeldet werden muss.

Auf Anregung der Stadtverordneten Schmick und Rücksprache mit dem Stadtjugendpfleger, Herrn Ropers, sollen die Toilettenanlagen im Gemeinschaftshaus im Rahmen des Budgets vorrangig erneuert werden.

Auf Nachfrage der Stadtverordneten Wilmer erklärt die Verwaltung, dass für die Planung der Krippengruppen an der Kita Pionierweg die Planungskosten von 66.000 € nicht enthalten sind.

Der Sozialausschuss beantragt deshalb, 66.000 € für die Planung des Anbaus für zwei Krippengruppen an der Kita Pionierweg für 2009 einzustellen.

Abstimmungsergebnis: alle dafür

Die Verwaltung berichtet kurz über die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen an der Kita Pionierweg. Die erforderlichen Kosten von 15.000 € werden ebenfalls bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: alle dafür

Abschließend wird über den Haushalt 2009 einschließlich vorgetragener Veränderungen abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: alle dafür

10 Verschiedenes

10.1 Einführung zur Pflicht der U1 bis U9-Untersuchungen

Frau Schmick möchte wissen, ob die Früherkennungsuntersuchungen U1 bis U9 inzwischen gesetzlich verpflichtend sind. Sie würde sich eine solche Regelung wünschen und möchte wissen, ob und wie Stadt oder Kreis hier tätig werden können.

Die Verwaltung wird gebeten hierzu entsprechende Informationen einzuholen.

Anmerkung der Verwaltung:

Im Landesamt für Soziale Dienste Schleswig Holstein, ist das Landesfamilienbüro mit Sitz in Neumünster angesiedelt. Diese erfassen landesweit jeden Geburtenzugang und Zuzug. Voraussetzung ist hierfür, dass der gesetzlichen Meldepflicht Folge geleistet wird.

Weil die zeitlichen Abstände der ersten drei Früherkennungsuntersuchen (U1 bis U3) sehr kurz aufeinander folgen, kontrolliert das Landesfamilienbüro erst ab der U 4 (ab dem 3. Lebensmonat).

Das Verfahren stellt sich wie folgt dar: Nach Mitteilung des Landesfamilienbüros werden die Eltern im Routineverfahren angeschrieben und erhalten eine Untersuchungskarte, die vom untersuchenden Kinderarzt abgestempelt werden muss. Die Eltern schicken die Karte an das Landesfamilienbüro zurück. Tun sie das nicht, erfolgt ein Erinnerungsschreiben mit dem Hinweis, dass das Landesfamilienamt das zuständige Jugendamt informiert (siehe Anlage).

Nach Rücksprache mit Herrn Hegermann vom Kreisjugendamt, informiert dieses den Allgemeinen Sozialdienst (ASD), der dann Kontakt mit der Familie des Kindes aufnimmt. Innerhalb einer Woche muss der ASD dann mit den Eltern klären, warum der Termin zur Früherkennungsuntersuchung nicht wahrgenommen wurde und darauf einwirken, dass das Kind umgehend einem Kinderarzt vorgestellt wird.

Herr Hegermann erklärte, dass dieses Verfahren zum Schutz vor Kindeswohlgefährdung nach den Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes eingeführt wurde.

Eine gesetzliche Verpflichtung mit Ahndungsmöglichkeiten gäbe es für die Eltern nicht, jedoch würden die Jugendämter sehr darauf einwirken, dass die Früherkennungsuntersuchungen auch wahrgenommen werden.

Wünschenswert wäre allerdings, wenn die Kinderärzte die Untersuchungskarte zurückschicken würden. Bei Kindern unter 3 Monaten und für Kinder, deren Eltern ihren melderechtlichen Verpflichtungen nicht nachkommen, greift dieses Verfahren jedoch leider auch nicht.

Petra Wilmer Vorsitz	Anja Gust Protokoll